



unser europa neu begründen

eine kampagne von %attac

Warum Europa neu begründen?

Unter dem Eindruck der Krise konnten die Mächtigen Europas zahlreiche kaum durchschaubare Reformpakete im Eiltempo durchsetzen, wie zum Beispiel den Fiskalpakt, ESM, Six-Pack, Two-Pack. Die Logik dahinter ist immer die gleiche: Durch Sozialabbau und Privatisierung sollen die öffentlichen Schulden reduziert werden, Lohnsenkungen und Arbeitsmarktderegulierung sollen die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen. Die Folge: Eine tiefe Rezession, die die wirtschaftliche Krise immer weiter verschärft. Massenarbeitslosigkeit und -armut, Obdachlosigkeit und rasant steigende Kriminalitäts- und Selbstmordraten gehören heute zum europäischen Alltag.

„Ganz nebenbei“ wird die Demokratie ausgehöhlt: Alle Länder gezwungen, elementare Souveränitätsrechte an die Technokraten der EU-Institutionen abzutreten. Für besonders hoch verschuldete Länder ist der „Demokratieentzug“ noch gravierender.

Kann es noch schlimmer kommen? Ja, es kann. Die geplante "Vollendung" der neoliberalen Wirtschafts- und Währungsunion ist ein massiver Angriff auf soziale und demokratische Rechte in Europa:

- Alle Eurozonen-Länder sollen auf weitere Liberalisierungen, Deregulierungen und Sozialkürzungen, insbesondere den Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten, eingeschworen werden. Mit der EU-Kommission abzuschließende Verträge sollen Vorgaben für radikale Einschnitte verpflichtend machen. Neu gewählten Regierungen soll damit die Möglichkeit genommen werden, andere wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen zu setzen.
- Ein gemeinsames Budget der Euroländer soll geschaffen werden um "strukturelle Schwächen" zu beseitigen. Das ist aus zweierlei Gründen problematisch: Einerseits gibt es in der Eurozone keine demokratischen Entscheidungsmechanismen und keine demokratische Kontrolle. Andererseits soll das Geld dazu genutzt werden, die radikalsten Kürzungen und Deregulierungsprogramme zu belohnen.
- Die Haushaltsüberwachung soll strenger werden, zum Beispiel durch ein Veto-Recht des Währungskommissars gegen Haushaltsvorschläge nationaler Parlamente.

Was wir wollen

Unsere Vision ist ein solidarisches und demokratisches, ein gerechtes, ökologisches und friedliches Europa!

Ein Europa der demokratischen Mitbestimmung!

- EU-Institutionen demokratisieren: Das EU-Parlament wird gegenüber Kommission und Rat aufgewertet und darf beispielsweise selbst Gesetze initiieren. Es wählt auch die EU-Kommission, um deren demokratische Legitimation zu stärken. In der Europäischen Zentralbank (EZB) bestimmen nicht länger die Finanzeliten, sondern VertreterInnen der Gesamtgesellschaft die Geldpolitik mit. Aufgaben und Ziele der Institutionen sind grundlegend zu überarbeiten.
- Partizipation stärken: Die EU-BürgerInnen erhalten breite Möglichkeiten sich am politischen Prozess zu beteiligen, etwa über europäische Volksabstimmungen und Beteiligungsprozesse bei Gesetzgebungsverfahren.
- Wirtschaftspolitik demokratisieren: Die EU-Wirtschaftspolitik berücksichtigt die Interessen aller Bevölkerungsgruppen, nicht nur die von Konzernen. Statt Lobbying gibt es transparente, partizipative und verbindliche Entscheidungsprozesse, in denen die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen (Gewerkschaften, NGOs etc.) vertreten sind.
- Europa neu begründen: Die EU-BürgerInnen entscheiden in einem demokratischen Konvent selbst über die Zukunft der europäischen Integration. Ein Vorschlag, wie ein solcher demokratischer Konvent der BürgerInnen genau ablaufen kann, wird im Rahmen des zivilgesellschaftlich organisierten Diskussionsprozesses erarbeitet.

Ein Europa der sozialen Sicherheit!

- Sozialstaat absichern: Das europäische Erfolgsmodell, das einen breiten Teil der Bevölkerung am Wohlstand beteiligt, wird in den EU-Verträgen verankert. Der Ausbau sozialer Rechte und wohlfahrtsstaatlicher Leistungen wird in einem auf europäischer Ebene koordinierten Prozess vorangetrieben.
- Soziale Sicherungssysteme ausbauen und Sozialstandards sichern: Bei der sozialen Absicherung gelten hohe Mindeststandards, die von europäischen Institutionen überwacht werden. Soziale Transfers (u. a. auch in Form eines Grundeinkommens) in ausreichender Höhe garantieren allen Menschen in Europa ein würdiges Leben. Ein Beispiel ist die Einführung eines europäischen Systems der Arbeitslosenversicherung.
- Öffentliches Pensionssystem stärken: Die Zukunft der öffentlichen, umlagefinanzierten Daseinsvorsorge wird solidarisch gesichert.
- Steuerbasis sichern: Die Staaten schreiben Mindestsätze für Steuern auf Vermögen, Kapitaleinkommen und Unternehmensgewinne fest. Damit beenden sie das Steuerdumping in Europa und stellen sicher, dass alle gesellschaftlichen Gruppen ihren Beitrag zum Gemeinwohl leisten.
- Steueroasen schließen: Die EU-Staaten gehen entschlossen gegen Steueroasen vor und beschränken den Kapitalverkehr dorthin. So werden diese geschlossen bzw. zu umfassender Steuerkooperation gezwungen.
- Vermögende in die Pflicht nehmen: Eine einmalige Vermögensabgabe für die Reichsten 1% sowie dauerhafte Vermögenssteuern bauen die in der Krise entstandenen Staatsschulden ab, reduzieren die Ungleichheit und stellen die Finanzierung öffentlicher Aufgaben sicher.
- Öffentliche Güter finanzieren und demokratisieren: Der Zugang zu und Leistbarkeit öffentlicher Dienstleistungen für alle Menschen sind Grundvoraussetzung für ein solidarisches Miteinander. Gesundheit und Soziales, Wasser und Energie, öffentlicher Verkehr, Post und Abfallentsorgung gehören zu den Diensten, die jede/r braucht. Sie gehören daher in die öffentliche Hand – und dürfen nicht zum Opfer privater Gewinninteressen werden. Der Staat muss daher in diesen Bereichen gemeinnützige und volkswirtschaftliche Ziele in den Vordergrund stellen. Eine gute Kampagne zum Thema Wasserprivatisierung findet sich hier: <http://www.right2water.eu/de>

Ein Europa der menschenwürdigen Arbeit!

- Lohn- und Sozialdumping beenden: Die Koordination im Sozial- und Einkommensbereich sichert faire Sozialstandards und Löhne in allen EU-Staaten. Eine wichtige Maßnahme in diese Richtung sind ein europäischer

Mindestlohn und Regeln für Lohnabschlüsse, die gewährleisten, dass die Löhne zumindest im selben Ausmaß wie die Produktivität steigen.

- Gute Arbeit fördern und Arbeit FAIRteilen: Statt prekären werden hochwertige Jobs – was Arbeitsbedingungen wie Entlohnung betrifft – gefördert. Durch eine EU-weite Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich wird Arbeit gerechter verteilt.
- Gewerkschaftsrechte garantieren: Die verschiedenen Rechte von ArbeitnehmerInnen, etwa sich zu organisieren und ihre Interessen zu vertreten, werden ausgebaut und in den EU-Verträgen abgesichert.

Ein Europa der ökologischen Gerechtigkeit!

- Ernährungssouveränität als Leitkonzept der Europäischen Agrarpolitik: Die Europäische Agrarpolitik stellt sicher, dass gesunde und sichere Lebensmittel für alle Menschen in Europa hergestellt werden, unter gleichzeitiger Bewahrung der Biodiversität und der natürlichen Ressourcen und der Sicherstellung des Wohlergehens der Tiere. Sie fördert nur noch ökologische Produktionsweisen in der Landwirtschaft und Fischerei und stellt sicher, dass es eine Vielzahl von kleinbäuerlichen ProduzentInnen, GärtlerInnen und FischerInnen gibt. Im Rahmen der europaweiten "Go M.A.D." Kampagne gibt es die Möglichkeit aktiv Einfluss auf Reform der Gemeinsamen Europäische Agrarpolitik (GAP) auszuüben.
- EU-Wirtschaft ökologisieren: Die EU-Staaten sorgen für einen sozialen und ökologischen Umbau ihrer Wirtschaft und schützen die Länder des globalen Südens vor der ungehinderten Ressourcenausbeutung durch europäische Konzerne.
- Eine andere EU-Außenhandels- und Investitionspolitik: Die EU-Außenhandels- und Investitionspolitik stellt die Umsetzung der Menschenrecht und Ressourcengerechtigkeit voran. Sie fördert das wirtschaftliche, soziale und ökologische Wohlergehen aller und wird demokratisch durch ParlamentarierInnen und Gruppen, die öffentliche Interessen vertreten erarbeitet und kontrolliert. Mehr Infos gibt es unter: <http://www.alternativtrademandate.org/>
- Gemeinsam nutzen was allen gehört: Die Natur hat keinen Preis! Die ökologische nachhaltige Nutzung der Natur über Generationen hinweg wird dadurch sichergestellt, dass wir gemeinsam und demokratisch über deren Nutzung und Erhalt entscheiden. Mehr Infos gibt es auf der Seite "Make Finance Work".

7 Prinzipien für Europa

Die Dominanz der Finanzmärkte brechen!

Um die Menschen von der Dominanz der Finanzmärkte zu befreien und eine koordinierte progressive europäische Wirtschafts-, Geld-, Sozial- und Umweltpolitik zu ermöglichen, fordern wir in einem ersten Schritt:

- Die Staatsfinanzen von den Finanzmärkten entkoppeln: durch eine demokratisch kontrollierte Zentralbank, die Kredite direkt an Regierungen vergibt.
- Der Schuldenfalle entkommen: durch ein Ende der Sparpolitik und durch Schuldenaudits, um illegitime Schulden zu identifizieren und zu streichen. Banken und private FinanzakteurInnen müssen ihren Anteil an den Krisenfolgen bezahlen.
- Eine nachhaltige Finanzierung staatlicher Aufgaben sichern: durch eine koordinierte Erhöhung von Steuern auf Vermögen und Unternehmensprofite und durch eine Vertiefung der Steuerkooperation um Steuerdumping zu

unterbinden. Steuerhinterziehung und -flucht müssen beendet und Steueroasen mit einem "finanziellen Embargo" belegt werden.

- Die Finanzmärkte entwaffnen und Banken unter gesellschaftliche Kontrolle bringen: durch das Verbot von schädlichen spekulativen Produkten und Praktiken (u. a. Hochfrequenzhandel, ungedeckte Leerverkäufe und over-the-counter-Derivate), die Einführung einer Finanztransaktionssteuer von mindestens 0,1%; strenge Regulierung der Banken (u. a. Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken, Zerteilung von "too big to fail"-Banken).
- Eine öffentliche und demokratische Finanzierung der Wirtschaft ermöglichen: durch den Aufbau eines öffentlichen und genossenschaftlichen Bankensektors unter demokratischer Kontrolle, um die Finanzierung sozialer und wirtschaftlicher Bedürfnisse sicherzustellen und soziale Rechte sowie die Finanzierung einer ökologischen Transformation zu garantieren. Dabei muss auch die Außenhandelspolitik in Kooperation mit den Ländern des globalen Südens überarbeitet und gemäß den oben genannten Zielen neu gestaltet werden.
- Ein Europa für die Menschen statt für Profite: durch die Förderung einer koordinierten progressiven Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Wiederherstellung und Ausweitung von demokratisch kontrollierten öffentlichen Dienstleistungen, die Verringerung von Ungleichheiten, die Förderung des ökologischen Umbaus der Wirtschaft, von guten Arbeitsverhältnissen und Geschlechtergerechtigkeit; weiters durch den Ausbau sozialer und ökonomischer Menschenrechte (Gesundheit, Bildung, Wohnen, Mobilität, Nahrung, Zugang zu Wasser und Energie, Information, Kultur, soziale Wohlfahrt usw.) und deren Sicherstellung durch öffentliche Angebote.
- Echte Demokratie jetzt: durch die Einleitung eines verfassungsgebenden Prozesses mit dem Ziel, Entscheidungsfindungen auf allen Ebenen zu demokratisieren; Förderung und Unterstützung einer öffentlichen, transparenten und verantwortungsvollen Debatte über Visionen für Europa und eine alternative EU-Politik.

Kampagne International

In vielen Ländern Europas wächst der Widerstand gegen die momentan durchgesetzte Form der Krisenbewältigung. Gerade auch die von Ratspräsident Herman Van Rompuy vorgelegten Pläne einer sogenannten "Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion" stößt auf breiten und entschlossenen Widerstand:

Deutschland:

<http://www.attac.de/aktuell/eurokrise/wirtschaftsunion/>

<http://europa-neu-begrunden.de/gb/index.html>

Europäische Ebene:

<http://www.anotherroadforeurope.org/index.php/de/appell-de>

Frankreich:

<http://www.roosevelt2012.fr/>

In Spanien, Portugal, Griechenland, Italien und vielen anderen Ländern gehen die Menschen gegen die autoritäre Krisenpolitik und die Kürzungsmaßnahmen, die ihnen die Lebensgrundlage rauben, auf die Straße. Während sich die Angriffe der Troika (IWF, EU Kommission, EZB) immer mehr verschärfen, wächst in Europa auch der Widerstand gegen diese Form der Krisenbewältigung.

Aufruf des internationalen Personenkomitees "Europa geht anders"

Verhindern wir die 'Troika für Alle' - Nein zum Wettbewerbspakt

Der Countdown läuft. Der Europäische Rat plant noch heuer einen Beschluss über einen Pakt für „Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz“. Damit soll die Krisenpolitik der Europäischen Union in Griechenland, Spanien oder Portugal auf ganz Europa ausgedehnt werden. Die Politik der Europäischen Union ist erfolglos, sie führt zu Massenarbeitslosigkeit und steigenden Schulden. Statt das neoliberale Rezept zu ändern, wird die Dosis erhöht. Der sogenannte „Wettbewerbspakt“ ist nichts anderes als ein Pakt für Lohndumping, Sozialabbau und Privatisierung.

Troika für alle. Alle Mitgliedsstaaten sollen verpflichtet werden, „Strukturreformen“ umzusetzen. Die desaströse Kürzungspolitik, wie sie in Griechenland, Spanien oder Portugal verordnet wurde, zeigt, was unter „Strukturreformen“ zu verstehen ist: Einschränkung sozialer Leistungen wie Pensionskürzungen, Zerschlagung der Branchenkollektivverträge und Privatisierung von Wasser, Bildung, Energieversorgung.

Europa geht anders. Wir lehnen diesen Plan der EU-Kommission entschieden ab. Wir fordern alle Menschen, die ein anderes Europa wollen, auf, Druck auf ihre Regierungen und Parlamente auszuüben, damit möglichst viele Regierungschefs beim kommenden Europäischen Rat dem Wettbewerbspakt eine Absage erteilen. Es braucht eine Kehrtwende hin zu einem demokratischen, sozialen und ökologischen Europa der Vielen!

24.1.2013 Kampagnenstart: Unser Europa neu begründen!

Aktiv werden für ein solidarisches und demokratisches Europa!

Wann: 24.1.2013, 17:00 – 21:00 Uhr

Wo: AK Bildungszentrum, Theresianumgasse 16-18, 1040 Wien

u. a. mit:

- Elena Chaztimitzali (Solidarity for All, Griechenland)
- Georgios Chondros (Syriza, Griechenland)
- Elisabeth Klatzer (Attac Österreich)
- Markus Koza (UG/AUGE)
- Christoph Mayer (Attac Deutschland)
- Alexandra Strickner (Attac Österreich)

Europa 2013: Soziale Errungenschaften und demokratische Rechte sind europaweit bedroht. Während hunderte Milliarden in den Bankensektor fließen, werden gleichzeitig in ganz Europa Löhne, Pensionen sowie Gesundheits- und Sozialleistungen gekürzt. **Wie lange lassen wir uns das noch gefallen?**

Derzeit werden den Menschen nur zwei mögliche Krisenlösungen präsentiert:

- Entweder die Fortführung und Verschärfung der furios gescheiterten und undemokratischen Verarmungspolitik der Regierungen
- Oder die Rückkehr zu Nationalismus, Fremdenhass und Ausgrenzung

Wir setzen diesen falschen Lösungen unsere Vision eines solidarischen und demokratischen, eines ökologischen und friedlichen Europa entgegen!

Wir müssen Europa neu begründen!

- Kein Europa ohne demokratische Mitbestimmung!
- Kein Europa ohne soziale Sicherheit!
- Kein Europa ohne menschenwürdige Arbeit!

Ziel der Veranstaltung:

- Über aktuelle Entwicklungen der EU-Krisenpolitik informieren und deren Auswirkungen auf Menschen, Arbeitsverhältnisse, soziale Sicherungssysteme und die Demokratie bewerten
- Aktuelle Herausforderungen verständlich vermitteln
- Politische Alternativen und Handlungsmöglichkeiten sichtbar machen und diskutieren
- „Unser Europa neu begründen!“ – Attac-Kampagne vorstellen und Möglichkeiten aktiv zu werden eröffnen

Zielgruppen:

Politisch Interessierte, VertreterInnen von zivilgesellschaftlichen Organisationen, BetriebsrätInnen, Attac AktivistInnen und SympathisantInnen.

Programm:

17.00 – 17.15

Begrüßung und Einleitung

Alexandra Strickner, Attac Österreich

17.15 - 18:45

Warum Europa neu begründen

- Die Vollendung der Währungs- und Wirtschaftsunion -bisherige und geplante Schritte: Elisabeth Klatzer (Attac Österreich)
- Die Auswirkungen auf Arbeitsverhältnisse und Löhne: Markus Koza (UG/AUGE)
- Die Auswirkungen auf soziale Sicherungssysteme und soziale Rechte: Christoph Mayer, (Attac Deutschland)
- Die Auswirkungen dieses Europas auf Demokratie: Georgios Chondros (Syriza, Griechenland)

18.45 – 19.00

Pause

19.00 – 20.30

Strategien und konkrete Handlungsmöglichkeiten für ein soziales und demokratisches Europa

„Europa neu begründen“ heißt europaweit mit anderen Bewegungen und Organisationen aktiv zu werden. Unterschiedliche Strategien und Handlungsmöglichkeiten werden vorgestellt. Arbeitsgruppen sollen eine tiefgehende Diskussion ermöglichen.

- Europa neu begründen – Handlungsansätze in Österreich: Madeleine Drescher (Attac Österreich)
- Zur Notwendigkeit von konkreter Solidarität: Elena Chaztimitzali (Solidarity for All, Griechenland)
- Der Alter Summit Prozess - Gemeinsame Forderungen und Mobilisierungen der Bewegungen in Europa: Alexandra Strickner (Attac Österreich)

Anschließend wird in Arbeitsgruppen, die sich an den konkreten Handlungsmöglichkeiten (Österreich-Aktionstag, Griechenland, Alter Summit) orientieren, vertiefend diskutiert. Ziel ist es, Raum für die Planung konkreter nächster Schritte zu bieten.

20.30 – 21.00

Ausblick: Auf dem Weg zu einem solidarischen und demokratischen Europa – Blitzlichter aus den Arbeitsgruppen und Ankündigung nächster Schritte.

Eine Veranstaltung von Attac Österreich

in Kooperation mit: AUGE/UG. Mit freundlicher Unterstützung beim Buffet von <http://www.festwirte.at/>